



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 03.05.2018**

öffentlich

Ort: im Stadthaus
Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:04 Uhr bis 18:26 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Christina Greiner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Thomas Hesse	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorotskaja	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sascha Richter	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dorothee Fischer	stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Gaby Hayne	<i>Anwesend ab 17:30 Uhr</i> stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Rommelfanger	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Helga Schubert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Jörg Baus	Amtierender Leiter Fachbereich Bildung
Heike Schaarschmidt	Referentin für Bildung und Soziales
Christine Heusch	Leiterin Team Jugendarbeit
Ivanka Somborskie	Netzwerkstellenkoordinatorin
René Lukas	stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Toralf Fischer
Richter Bruno Glomski
Tilo Kurth

Romy Mederake
Christiane Sünemann
Nico Teschner
Susanne Wildner
Uwe Kramer

Josephine Jahn

beratendes Mitglied Jugendhilfe
beratendes Mitglied Jugendhilfe
beratendes Mitglied Jugendhilfe
Anwesend bis 18:15 Uhr
beratendes Mitglied Jugendhilfe
beratendes Mitglied Jugendhilfe
beratendes Mitglied Jugendhilfe
beratendes Mitglied Jugendhilfe
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Vertretung durch Dorothee Fischer
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Es gab keine Fragen zur Kinder und Jugendsprechstunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Wend, Ausschussvorsitzender, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Brederlow informierte darüber, dass eine Dringlichkeitsvorlage zur Abstimmung vorliegt.

Sie gab den Grund der Dringlichkeitsvorlage „**Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) und des Landgerichts Halle (Saale) für die Amtsperiode 01.01.2019 bis 31.12.2023 Vorlage: VI/2018/03841**“ bekannt und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Des Weiteren teilte sie mit, dass die Mitteilung zur Entwicklung Unterhaltsvorschuss nach Gesetzesänderung in 2017 vertagt werden muss. Es werden Mitteilungen über den Stand des Fanprojektes und den aktuellen Stand zur Beschlussvorlage Kostenbeitragssatzung für Kindertageseinrichtungen erfolgen.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Die Dringlichkeitsvorlage wird unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 behandelt.

Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift 08.03.2018
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift 05.04.2018
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) und des Landgerichts Halle (Saale) für die Amtsperiode 01.01.2019 bis 31.12.2023
Vorlage: VI/2018/03841
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften
Vorlage: VI/2018/03883
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht Famico „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“
- 8.2. Bericht Schulsozialarbeit/ Netzwerkstelle „Schulerfolg für Halle“
- 8.3. Entwicklung Unterhaltsvorschuss nach Gesetzesänderung in 2017
- 8.4. Prioritätensetzung bei der Sicherung des Brandschutzes und weiteren Investitionen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 5.1 Mitwirkung der Stadt Halle (Saale) bei der Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) und des Landgerichts Halle (Saale) für die Amtsperiode 01.01.2019 bis 31.12.2023
Vorlage: VI/2018/03841

Herr Dr. Wend betonte, dass er die freiwilligen Meldungen zur Wahl der Jugendschöffinnen und Jugendschöffen für die Strafgerichtsbarkeit des Amtsgerichts Halle (Saale) sehr lobenswert findet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass Herr Dr. Wend um Abstimmung bat.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss schlägt dem Jugendschöffenwahlausschuss gemäß § 35 Abs. 1 JGG (Jugendgerichtsgesetz vom 11.12.1974, BGBl. I S. 3427, zuletzt geändert am 27.08.2017) i. V. m. § 40 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz vom 09.05.1975, BGBl. I S. 1077, zuletzt geändert am 30.10.2017) die in der Anlage beigefügte Vorschlagsliste von Jugendschöffinnen und Jugendschöffen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften
Vorlage: VI/2018/03883

Frau Ranft teilte mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ihren Antrag zurückzieht. Die Priorität liegt in der Schulsozialarbeit. Sie betonte, dass dennoch der Grundgedanke von Schulgesundheitsfachkräften an Schulen auch wichtig sei.

Sie regte an, das Thema Schulgesundheitsfachkräfte in den Themenspeicher aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Bedarfe und Realisierungsmöglichkeiten für den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften an städtischen Schulen bestehen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Bericht Famico „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“

Frau Heusch informierte die Ausschussmitglieder über das Projekt Famico „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“.

Die Präsentation ist im Session unter dem TOP 8.1 hinterlegt.

Frau Köferstein fragte, ob eine nochmalige Aufnahme der Betreuung möglich ist, obwohl sie bereits abgeschlossen wurde.

Frau Heusch teilte mit, dass eine Familienbedarfsgemeinschaft bis zu 12 Monate gefördert werden kann. Die bestehende Steuerungsgruppe kann entsprechende Ausnahmen beschließen.

zu 8.2 Bericht Schulsozialarbeit/ Netzwerkstelle „Schulerfolg für Halle“

Frau Somborskie informierte die Ausschussmitglieder über die Schulsozialarbeit/ Netzwerkstelle „Schulerfolg für Halle“

Die Präsentation ist im Session unter dem TOP 8.2 hinterlegt.

Frau Brederlow fügte hinzu, dass die angesprochene Thematik des Personalausschusses die Netzwerkstelle betrifft.

Frau Gellert bemerkte, dass in der Berichterstattung das Thema Drogenkonsumierung und Gewalt an sozialen Schwerpunktschulen nicht vorgestellt wurde.

Herr Kohlert wies darauf hin, dass das Thema Schulabbrecher ebenfalls sehr wichtig sei. Dieses Thema gehört zu den sogenannten Schwerpunktthemen. Er fragte, welche Grundlagen vorliegen, um die Fortschreibung der Aktivitäten festzulegen bzw. zu thematisieren.

Frau Somborskie teilte mit, dass hierbei einerseits Formate geprüft wurden, die anerkannt und erprobt sind. Die Rückmeldungen aus Gesprächen wurden da hinsichtlich zur Themenanalyse verwendet.

Frau Haupt berichtet, dass Eltern ihre Kinder nicht zur Schule schicken und somit die Schulpflicht nicht einhalten. Sie fragte, ob diese Eltern das sogenannte Homeschooling beanspruchen. Des Weiteren erkundigte sie sich nach dem Trägerwechsel in der Hanioer Grundschule. Sie wollte wissen, ob dadurch Veränderungen auftreten.

Frau Somborskie schilderte, dass diese Kinder als sogenannte Freilerner beschrieben werden. Verschiedene Netzwerkstellen haben bisweilen festgestellt, dass es Eltern gibt, die ihre Kinder von der Schule fernhalten. Es gibt Organisationen die sich damit beschäftigen und mit diesen Eltern in Verbindung treten.

Frau Brederlow bemerkte, dass alle beantragten Projekte von der Verwaltung bewilligt werden sollten. Vom Landesverwaltungsamt wurde gefordert, dass die Stadt eine Priorisierung vornehmen sollte.. Diese wurde, wie im Ausschuss besprochen, abgelehnt. Ein Trägerwechsel ist hierbei nicht entscheidend, die Schule hat weiterhin den Anspruch auf Schulsozialarbeit.

Herr Schachtschneider sprach an, dass die Aufgaben hinsichtlich der Schulsozialarbeit über mehrere Jahre gewachsen ist. Aus diesem Grund ist der vorhandene Personalschlüssel nicht mehr zeitgerecht. Es muss hierbei eine personelle Verstärkung erfolgen und mitberücksichtigt werden.

Herr Schachtschneider bat darum, die Anfrage von Herrn Kohlert bezüglich der Schulabbrecher zu beantworten.

Frau Somborskie erwähnte, dass das Thema Schulabbrecher in den einzelnen Gesprächen nicht als Schwerpunktthema behandelt wurde. Es liegen vom statistischen Landesamt Informationen über Schulabgänger vor. Für das Jahr 2016 waren es 12,5 % im Jahr 2008 17,8 %. Es ist somit ein Rückgang ersichtlich.

Herr Schachtschneider wies zurück, dass man den Rückgang dieser Prozentwerte als Erfolg werten könnte. Er appellierte daran, dieses Thema sehr ernst zu nehmen.

Frau Brederlow machte darauf aufmerksam, dass dieser Bericht nicht voll umfassend alles darstellen kann was die Netzwerkstelle und die Schulsozialarbeit leistet. Es wurden heute die Schwerpunkte dargestellt.

Frau Ranft betonte, dass Zahlen zum Thema Schulabbrecher vorhanden sind und somit vorliegen müssen. Sie plädierte für eine nochmalige Diskussion im Jugendhilfeausschuss.

Sie fragte, ob es eine personelle Änderung bei der Netzwerkstelle gibt.

Des Weiteren erkundigte sie sich, wie die Stadt Halle (Saale) auf das Land, bezüglich des Doppelhaushaltes im Jahr 2020 einwirkt.

Frau Somborskie teilte mit, dass sie und ihre Netzwerkassistentin ab 1. August 2018 weiterhin bei der Stadt Halle (Saale) beschäftigt sind. Der Sitz der Netzwerkstelle befindet sich in der Albrecht Schweitzer Straße.

Frau Brederlow informierte, dass in der nächsten Beigeordnetenkonferenz das Thema Doppelhaushalt im Jahr 2020 behandelt werden soll. Ein entsprechender Beschluss soll dann gefasst werden.

Frau Schubert betonte, dass sich die Problematik der Schulabbrecher als sehr schwierig erweist. Es sollten für die nächste Prioritätenliste die Zahlen von Schulabbrecher vorhanden sein.

Frau Köferstein fragte, ob die Netzwerkstelle durch Aktivitäten der LIGA Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V. unterstützt werden könnte.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass geprüft werden müsste, ob die Richtlinien diese Möglichkeit der Unterstützung ausschließt.

Herr Dr. Wend betonte, dass das Thema Schulsozialarbeit sehr wichtig ist und sich dieser Ausschuss damit sehr beschäftigen muss.

zu 8.3 Entwicklung Unterhaltsvorschuss nach Gesetzesänderung in 2017

Die Mitteilung zur Entwicklung Unterhaltsvorschuss nach der Gesetzesänderung in 2017 wurde vertagt.

zu 8.4 Prioritätensetzung bei der Sicherung des Brandschutzes und weiteren Investitionen

Herr Dr. Wend bat die Prioritätensetzung bei der Sicherung des Brandschutzes und weiteren Investitionen im nächsten Jugendhilfeausschuss mitzuteilen.

zu 8.5 Frau Brederlow zum aktuellen Stand Fanprojekt

Frau Brederlow teilte mit, dass mit zwei Trägern Gespräche geführt wurden. Diese beiden Träger bereiten derzeit die Antragsstellung beim Deutschen Fußball Bund vor. Sie bemerkte, dass die beiden Träger ihre Konzepte im Unterausschuss Jugendhilfeplanung vorstellen werden. Der Deutsche Fußball-Bund wird dann eine Entscheidung treffen.

zu 8.6 Frau Brederlow zur Kostenbeitragssatzung der Kindertageseinrichtung

Frau Brederlow teilte mit, dass die Kostenbeitragssatzung der Kindertageseinrichtung im Hauptausschuss vertagt wurde. Die Verwaltung hat kurzfristig eine Änderung zum Thema Streik vorgenommen.

zu 8.7 Frau Brederlow zum runden Tisch der Erzieherinnen und Erzieher

Frau Brederlow teilte mit, dass sie am 14.05.2018 diesbezüglich ihren nächsten Termin hat.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Gellert zum weiteren Verlauf bezüglich der Kriterien zur Antragstellung für erhöhtes Fachpersonal in Kitas

Frau Gellert fragte, wie der weitere Verlauf bezüglich der Kriterien zur Antragstellung für erhöhtes Fachpersonal in Kitas ist. Sie wollte wissen, ob die Zeitschiene eingehalten werden kann.

Frau Brederlow bestätigte, dass die Antwort schriftlich erfolgen wird.

zu 9.2 Frau Ranft zum Stand der Fortschreibung Spielflächenkonzeption

Frau Ranft fragte, zum aktuellen Stand der Fortschreibung Spielflächenkonzeption 2018.

Herr Weiske teilte mit, dass diese Fortschreibung Spielflächenkonzeption erarbeitet wird. Das Stadtplanungsamt ist für die Fortschreibung Spielflächenkonzeption 2018 verantwortlich.

Herr Petrick fügte hinzu, dass es im Jahr 2018 eine Aktualisierung geben wird.

zu 9.2 Frau Fischer zum Datenschutz

Frau Fischer fragte wie Daten an die Stadt Halle (Saale) gefahrlos übermittelt werden können.

Frau Brederlow betonte, dass sich die Verwaltung mit diesem Thema beschäftigt. Sie betonte, dass diese Angelegenheit sehr sensibel behandelt werden muss.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor.

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer